



Innenausschuss

14. Sitzung (öffentlich)

7. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Thema: Ergebnisse der Sonderkonferenz der Innenminister am
4. September 2006 zu Fragen der Terrorabwehr

Dem Bericht durch Innenminister Dr. Ingo Wolf schließt sich eine Aussprache an.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

- Einzelplan 03

Wortmeldungen ergeben sich nicht. Eine Aussprache soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

3 Der UN-Kinderrechtskonvention in NRW Geltung verschaffen 6

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1662

Der Ausschuss erörtert das Thema. Ein koordinierendes Gespräch der beteiligten Ausschüsse soll am Rande des Plenums stattfinden.

4 Auslandsmissionen und Polizeihilfeprojekte - Würdigung der hervorragenden Arbeit der nordrhein-westfälischen Polizei im Ausland 7

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1876

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2036

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/1876 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2036 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

5 Menschenhandel bekämpfen - Opferrechte weiter ausbauen 10

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1987

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

6 Wirksame Maßnahmen gegen Zwangsverheiratungen ergreifen 11

Antrag
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/1985 - Neudruck
 Vorlage 14/583

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/1985 (Neudruck) wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion angenommen.

7 Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsgesetz NRW - StaBefrG NRW) 12

Gesetzentwurf
 der Landesregierung
 Drucksache 14/1860
 Stellungnahmen 14/517, 14/518, 14/519

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1860 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

8 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Flü-AG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG) 12

Gesetzentwurf
 der Landesregierung
 Drucksache 14/2241
 Vorlage 14/536

Eine Aussprache findet zu diesem Tagesordnungspunkt nicht statt. Die kommunalen Spitzenverbände werden Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/246
Innenausschuss		07.09.2006
14. Sitzung (öffentlich)		sl-hoe

Seite

9 Sachstand der Umsetzung der Hafensicherheitsrichtlinie in Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern 13

Der Ausschuss nimmt Berichte des Innenministeriums und des MBV entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

10 Verschiedenes 15

a) Terminplanung 2007

b) Anhörung

Siehe Seite 15 des Diskussionsteils!

Mit Blick auf die Religionszugehörigkeit gelte Ähnliches. Dieses Merkmal sei in einem zweiten Schritt beim Austausch zwischen den Diensten bisher schon üblich. Immerhin sei, gibt Innenminister Dr. Wolf zu bedenken, entscheidend gewesen, nicht von Anfang an per Knopfdruck den Blick auf sämtliche Details freizugeben. Über einen gemeinsamen Beschluss der Innenministerkonferenz habe man dieses Ziel erreicht.

Um den Gesamtbeschluss nicht infrage zu stellen, habe er sich in punkto Videoüberwachung im Rahmen einer Protokollnotiz geäußert. Die nordrhein-westfälische Grundhaltung werde beibehalten. Die Zuständigkeiten blieben gewahrt.

Weitere Einzelheiten sollten beraten werden, sobald das Bundesinnenministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt habe.

Zum Abschluss der Aktuellen Viertelstunde schlägt **Ausschussvorsitzender Winfried Schittges** vor, bei weiterem Beratungsbedarf das Thema im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes erneut aufzurufen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

Einzelplan 03

Ausschussvorsitzender Winfried Schittges schlägt vor, dem aus der Vergangenheit bekannten Verfahren zu folgen und auf eine mündliche Einführung in den Einzelplan 03 in der aktuellen Sitzung zu verzichten.

Auf einen entsprechenden Hinweis von **Monika Düker (GRÜNE)** verständigt sich der **Ausschuss** darauf, sich in der „zweiten Runde“ mit Fragen zu befassen. In der „dritten Runde“ hätten die Fraktionen dann Gelegenheit, ihre Anträge einzubringen.

